

# Die Entstehung des Grundgesetzes





Das Grundgesetz ist unsere Verfassung, das Gerüst unseres Staates Bundesrepublik Deutschland, seiner 16 Länder und des Zusammenlebens seiner Bürgerinnen und Bürger.

Jedermann hat vom Grundgesetz gehört.  
Doch Hand auf's Herz: Wer hat es gelesen?  
(Fast) Alles funktioniert danach, seit 1949.  
Bisher.  
So soll es bleiben? So soll es bleiben.

Das Grundgesetz wurde von engagierten Menschen gemacht. Für uns.  
Kennen Sie, kennst Du Namen dieser Menschen, die wir gerne 'Politiker' nennen?  
Adenauer? Heuss? Schmid? Selbert? ... Noch jemand?

Sie sind inzwischen alle tot. Doch im Grundgesetz leben sie weiter.  
Und durch das Grundgesetz bestimmen sie unser Leben.

Ihre Leistung, also: Die Entstehung des Grundgesetzes ... Wir sollten sie kennen.

*Bildung* ist das *Fundament* unserer Demokratie.  
Auch wenn Demokratie 'Papierkram', 'Akten' und 'Juristisches' bedeutet.  
Wer den 'Parlamentarischen Rat' verstanden hat, hat unsere Demokratie verstanden.

Hier ist seine Geschichte, hier ist die Geschichte von Menschen, die uns prägen. Für die *Entstehung* unserer Demokratie brauchte es mehr als 70 Persönlichkeiten. Für ihre *Zukunft* braucht es uns alle ...

Hier ist das vergangene Abenteuer 'Zukunft? Grundgesetz!'



Auf dem Weg zur Verkündung des Grundgesetzes ...



# Geschichte. Demokratie. Identität.

Wie gründet man einen Staat neu,

der nationalsozialistisch durchdrungen war;  
dessen ehemalige Staatsapparate in den Ländern und  
im 'Reich' mit Tausenden Verbrechern und  
Handlangern durchsetzt waren;  
dessen Bewohner einen Weltkrieg überlebten;  
dessen Demokraten 12 Jahre schweigen mus-  
sten, in Konzentrationslagern überlebt haben  
oder ermordet worden sind ;  
dessen Volk für die größten Kriegsverbrechen und  
Verbrechen gegen die Menschlichkeit und den Ho-  
locaust Verantwortung übernehmen muss;  
dessen Infrastruktur zusammengebrochen ist;  
der von alliierten Armeen besetzt ist;  
dessen Staatsstrukturen von den Besatzern voll-  
ständig aufgelöst worden sind?

1945 ist die Gründung der **Bundesrepublik Deutsch-  
land** nicht absehbar, 1949 ist sie Wirklichkeit.  
Die **Bundesrepublik Deutschland** besteht als demo-  
kratischer Rechtsstaat bis heute; wir leben in ihm.  
Sein Fundament: Die Verfassung **Grundgesetz**.

Über die Entstehung des **Grundgesetzes**, das  
erst die Organisation der **Bundesrepublik  
Deutschland** möglich machte, berichten wir hier.



Joachim Gauck,  
Bundespräsident a.D.:

*„Es gibt eine Geschichte der  
wiedererworbenen Rechts-  
treue und der wiedererwor-  
benen Verlässlichkeit und  
Friedfertigkeit ... Das sind  
kostbare Güter, die diese  
Nation jetzt prägen.“*  
(23. Juli 2024)

**I**m Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und  
den Menschen, von dem Willen beseelt, seine nationale  
und staatliche Einheit zu wahren und als gleichberech-  
tigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden  
der Welt zu dienen, hat das Deutsche Volk in den Ländern

**BADEN · BAYERN · BREMEN  
HAMBURG · HESSEN  
NIEDERSACHSEN  
NORDRHEIN-WESTFALEN  
RHEINLAND-PFALZ  
SCHLESWIG-HOLSTEIN  
WÜRTTEMBERG-BADEN und  
WÜRTTEMBERG-HOHENZOLLERN**

um dem staatlichen Leben für eine Übergangszeit eine  
neue Ordnung zu geben, kraft seiner verfassungge-  
benden Gewalt dieses Grundgesetz der Bundesrepublik  
Deutschland beschlossen.

Es hat auch für jene Deutschen gehandelt, denen  
mitzuwirken versagt war.  
Das gesamte Deutsche Volk bleibt aufgefordert, in  
freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit  
Deutschlands zu vollenden.

Die Präambel des Grundgesetzes in der Urschrift vom 23. Mai 1949

Im Bewußtsein seiner Verantwortung  
vor Gott und den Menschen,  
von dem Willen beseelt, als  
gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa  
dem Frieden der Welt zu dienen,  
hat sich das Deutsche Volk kraft  
seiner verfassungsgebenden Gewalt  
dieses Grundgesetz gegeben.

Die Deutschen in den Ländern  
Baden-Württemberg, Bayern, Berlin,  
Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen,  
Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen,  
Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz,  
Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt,  
Schleswig-Holstein und Thüringen

haben in freier Selbstbestimmung die Einheit  
und Freiheit Deutschlands vollendet.

Damit gilt dieses Grundgesetz für das  
gesamte Deutsche Volk.

Der Text der Präambel des Grundgesetzes seit dem 3. Oktober 1990,  
gemäß den Vereinbarungen des „Vertrages zwischen der Deutschen De-  
mokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland über die Her-  
stellung der Einheit Deutschlands“ vom 31. August 1990.





Deutsche Demokratie:  
Deutsche Republik  
„Deutsches Reich“  
1918 - 1933

Am 11. November 1918 wird die „Deutsche Republik“ ausgerufen. Am 11. August 1919 tritt ihre demokratische Verfassung in Kraft. Sie heißt „Deutsches Reich“, und sie wird abfällig „Weimarer Republik“ genannt. Im März 1933 wird die Demokratie per Parlamentsbeschluss mit der Machtübergabe an Adolf Hitler abgeschafft und durch den nationalsozialistischen Führerstaat ersetzt. Er heißt von 1933 bis 1945 „Großdeutsches Reich“ und erfährt mit der bedingungslosen Kapitulation der Deutschen Wehrmacht am 8. Mai 1945 sein faktisches, moralisches und militärisches Ende.

Deutsche Demokratien  
auf Länderebene:  
25 deutsche Länder  
1918 - 1933;  
11 westdeutsche Länder  
1946 bis heute;  
Fünf ostdeutsche Länder  
1990 bis heute

### Besetztes Deutschland: Land der Länder

Am 6. Juni 1945 übernehmen die alliierten Besatzungsmächte aus den USA, Großbritannien, Frankreich und der Sowjetunion die oberste Regierungsgewalt in vier Besatzungszonen, dem Rest des „Großdeutschen Reiches“. Seit Ende 1945 entstehen unter alliierter Aufsicht und deutscher Verantwortung im Westen elf demokratische, im Osten fünf sozialistische Länder mit eigenen Verfassungen.  
1946 entsteht unter französischer Führung die „Republik Saarland“ mit einer demokratischen Verfassung.



Am 24. Mai 1949 tritt das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft. - Am 7. September 1949 konstituiert sich die Bundesrepublik mit dem Zusammentreten des 1. Deutschen Bundestages. Am 14. Dezember 1956 erklärt der Landtag des Saarlandes den Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland zum 1. Januar 1957. Am 23. August 1990 beschließt die Volkskammer der demokratischen Deutschen Demokratischen Republik den Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland, der zum 3. Oktober 1990 wirksam wird.

# Eine Ausstellung zur zweiten deutschen Demokratie

Dreimal haben Deutsche im 20. Jahrhundert Demokratien von nationaler Reichweite geschaffen: 1919 mit der deutschen Republik „Deutsches Reich“, 1949 mit der „Bundesrepublik Deutschland“ und 1990 mit der demokratischen „Deutschen Demokratischen Republik“.  
In dieser Ausstellung geht es um die Gründung der zweiten Republik:  
Die „Bundesrepublik Deutschland“.

Deutsche Demokratien:  
Bundesrepublik Deutschland 1949 - 1990  
Republik Saarland 1947 - 1956



Deutsche Demokratien:  
Bundesrepublik Deutschland 1990  
Deutsche Demokratische Republik 1990



Deutsche Demokratie:  
Bundesrepublik Deutschland seit 1990





# Das politische Deutschland 1948 - Vier Mächte, zwei Blöcke

Deutschland 1948

## Zonen-Bewohner

Die Deutschen haben Pässe ihrer Zone, sie sind nicht Bürger des „Deutschen Reiches“. Oder sie sind Flüchtlinge aus dem ehemaligen deutschen Osten, Polen, Ungarn oder der Tschechoslowakei.

**Denazifizierung:** Nicht abgeschlossen;

**Demilitarisierung:** Abgeschlossen;

**Demokratisierung im Westen:** Demokratisches Leben in Eigenverantwortung unter alliierter (Gesetzes-)Aufsicht;

**Demokratisierung im Osten:** Keine freien Wahlen;

**Dezentralisierung im Westen:** Abgeschlossen;

**Dezentralisierung im Osten:** Auf dem Weg in einen Zentralstaat.

**Die Debatte um die Demokratie im Westen:**

Entwürfe und Vorstellungen zu einer gesamt-deutschen Verfassung sind vorhanden.

Der deutsche Wirtschaftsrat der englischen und amerikanischen (Bi-)Zone im Westen arbeitet wie ein demokratisches Parlament und organisiert das Alltagsleben seiner Zonenbürger mit eigenen Gesetzen.

Die Währungsreform im Juni 1948 und die Konferenz der westalliierten Außenminister in London bringen politisch wirksame Entscheidungen.

Die Währungsreform, die ab dem 20. Juni 1948 die alte Reichsmark durch die neue „Deutsche Mark“ in den drei westlichen Zonen ablöst, findet nur 11 Tage vor dem Bekanntwerden der „Frankfurter Dokumente“ statt, dem Beginn der Anstrengungen um eine westdeutsche demokratische Verfassung. Sie ist nicht nur wirtschaftlich notwendig, sondern auch psychologisch bedeutsam, weil sie den zukünftigen „West-Staat“ im praktischen Leben vorwegnimmt. Drei Tage später gilt auch in der sowjetisch besetzten Zone eine neue „Ostmark“. Die „Deutsche Mark“ des Westens wird eine der stärksten Währungen der Welt ...



Deutsche Mark in Berlin



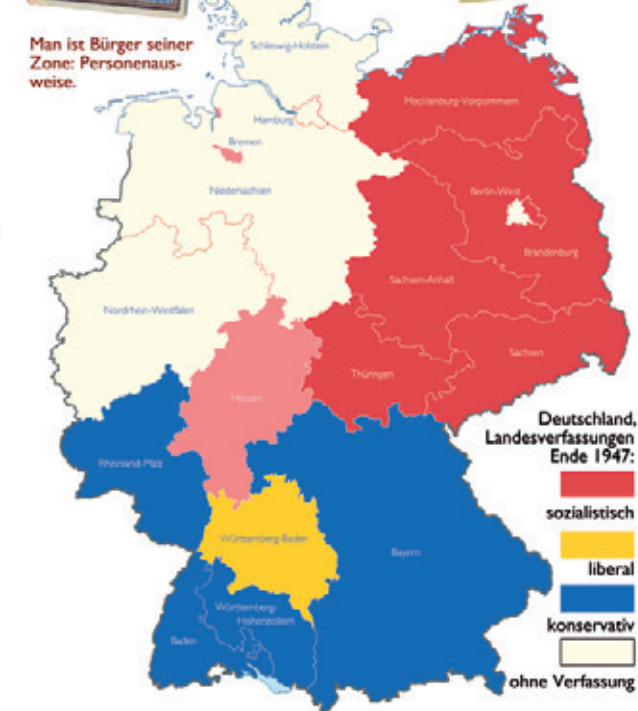
Geldausgabe in Darmstadt



60 Mark „Kopfgeld“



Man ist Bürger seiner Zone: Personalausweise.





# Es beginnt: 1. Juli 1948 - Von London nach Frankfurt ...

## Außenminister-Konferenz

Zweite Außenministerkonferenz in London vom 20. April bis zum 2. Juni 1948:

Großbritannien, USA, Frankreich, Belgien, Niederlande, Luxemburg. Sechs Mächte.

Was wird aus Deutschland-West? - Ein Beschluss, von allen bestätigt, zuletzt zum 17. Juni von den Franzosen: Die sechs Siegermächte möchten einen demokratischen West-Staat, der mehr ist als nur 11 Länder. Vertrauliche Gespräche im Hintergrund, zuletzt am 30. Juni 1948. - Dann: Drei „Dokumente“ und ein geheimer Zusatz ...



General Pierre Koenig (l.),  
US-Botschafter Robert D. Murphy,  
General Lucius D. Clay (r.)

Das Treffen der westdeutschen Ministerpräsidenten mit den drei Militär-Gouverneuren im Frankfurter IG-Farben-Haus ist spannungsgeladen, und das ist den Teilnehmern auch anzumerken. Es wird schnell klar, dass dieses Treffen später einmal „historisch“ genannt werden wird. Sogar die Boulevard-Presse berichtet ausführlich!



Die Regierung der drei Westzonen, v. l. n. r.: Leo Wohleb (Baden), Hans Ehard (Bayern), Wilhelm Kaisen (Bremen), Hans Beyer (Hamburg), Christian Stock (Hessen), Karl Arnold (Nordrhein-Westf.), Herlich Kopf (Rheinland-Pfalz), Hermann Lindemann (Schleswig-Holst.), Reinhold Maier (Saarland), Lorenz Bock (Südwestf.), (\* = verabschiedet)

## Ein neuer Schritt vorwärts

Der staatliche Wiederaufbau Deutschlands, der von der amerikanischen Militärregierung bereits vom Mai 1945 nach der Kapitulation planmäßig ins Werk gesetzt wurde, nähert sich jetzt — zweieinhalb Jahre später — einem gewissen Abschluss: der Ausarbeitung einer deutschen Verfassung durch gewählte Vertreter des Volkes und der Einsetzung einer deutschen Bundesregierung. Die Entwicklung, die mit den ersten Gemeindevorwahlen der Nachkriegszeit in der amerikanischen Zone am 20. Januar 1946 begann, verläuft zwar nicht genau so, wie sie der damalige amerikanische Außenminister James F. Byrnes in seiner Stuttgarter Rede im Herbst 1946, das die kommende deutsche Regierung noch werden bei den Besatzungsmächten des Westens, noch Bevölkerung, sondern eindeutig bei jenen, die täglich mit der Wiederherstellung der deutschen Einheit beauftragt sind, auf Vertriebs-Basis notwendig, wenn man nicht stehenbleiben wollte. Die staatliche Neuordnung Deutschlands findet ihr logische Ergänzung in einer klaren Abgrenzung der

Requisiten der kommenden deutschen Bundesregierung einerseits und der Besatzungsmächte andererseits, wie sie wiederholt von deutscher Seite gefordert wurde und wie sie das angekündigte Besatzungsstatut fixieren soll. Auch der Weg von jener allumfassenden Zuständigkeit der Besatzungsmächte, die sich zwangsläufig aus der Lage im Mai 1945 ergab, bis zum kommunalen Besatzungsstatut konnte nur langsam beschritten werden. Die alliierten Vorschläge zum Besatzungsstatut, die ein Ergebnis der Londoner Sechsmächte-Konferenz sein mögen, den Deutschen vielleicht nicht weitgehend genügen. Die Alliierten verhalten sich auf dem Wege zu einer Verfassung, die heute, kaum mehr als drei Jahre nach dem Ende der Feindseligkeiten, mindestens das demokratische Wesen Deutschlands sich auf dem Wege zu einer eigenen Regierung mit Gesetzgebungs-, Gerichts- und Verwaltungsmächten, befindet. Die Alliierten haben die Deutschen aufgefordert, Gegenentwürfe zu machen, um dadurch an einer für alle annehmbaren Fassung des Statuts mitzuarbeiten, wie sie ihnen auch die Ausarbeitung der deutschen Verfassung überlassen haben. Und schließlich haben die westlichen Alliierten aus dem Munde ihrer höchsten Vertreter immer wieder betont, daß nach wie vor die Vereinigung der vier Zonen das Ziel ihrer Deutschlandpolitik ist.

## „Frankfurter Dokumente“

Donnerstag, 1. Juli 1948, 11.30 Uhr:  
Sitz der amerikanischen Militärregierung IG-Farben-Haus Frankfurt: Die Generale Lucius D. Clay, Sir Brian Robertson und Pierre Koenig, vierzig weitere alliierte Offiziere; die Ministerpräsidenten der 11 westdeutschen Länder.  
Themen: Die Londoner Außenministerkonferenz, eine Verfassung für West-Deutschland, Ländergrenzen, Besatzungsstatut für West-Deutschland. Die „Frankfurter Dokumente“ werden an die Ministerpräsidenten ausgehändigt. Ihr Inhalt trifft auf Zustimmung und Vorbehalte.



Sitz der US-amerikanischen Militärregierung: IG-Farben-Haus Frankfurt 1948

**DIE WELT**  
ÜBERPARTEILICHE ZEITUNG FÜR DIE BRITISCHE  
Nr. 67. Jahrgang  
Donnerstag, 10. Juni 1948

**Paris macht Vorbehalte**  
USA und England mit Londoner Empfehlungen einverstanden  
Frankreich verlangt Einschränkungen — Neue Kabinettskrise

Die Regierungen Großbritanniens und der Vereinigten Staaten nahmen am Mittwoch die Empfehlungen der Londoner Sechsmächtekonferenz über Westdeutschland vorbehaltlos an. Auch die amerikanische Außenpolitik der Londoner Empfehlungen, aber die Entscheidung in Paris hat solche Annahme angenommen, daß Frankreich, als die Regierung Schuman noch vor Debatte der Londoner Empfehlungen kommen wird.

**Schuman Schwierigkeiten**  
Paris, 3. Juni.  
Die neue parlamentarische Reaktion auf die Londoner Empfehlungen über Westdeutschland zeigt sich heute, als die Außenministerkonferenz der Sechsmächte am 21. und 22. Juni in einem kleinen Saal des Hotel de Ville, um die französische Regierung, um die Londoner Empfehlungen zu diskutieren, und um die Beschlüsse der Konferenz zu diskutieren.

Die Beschlüsse der Konferenz sind nicht ohne Schwierigkeiten zu diskutieren, und die Beschlüsse der Konferenz sind nicht ohne Schwierigkeiten zu diskutieren, und die Beschlüsse der Konferenz sind nicht ohne Schwierigkeiten zu diskutieren.

**Die Empfehlungen von London**  
Von Konrad Adenauer, Vorsitzendem der CDU in der Britischen Zone  
Die Empfehlungen der Londoner Konferenz sind für die deutsche Bevölkerung von großer Bedeutung. Sie sind die Grundlage für die Neuordnung Deutschlands.

**Allgemeine Zeitung**  
Hauptausgabe mit Wirtschaftsblatt  
Preis 6.25 DM  
Freitag, 2. Juli 1948

**Grundlagen der Neuordnung geschaffen**  
Die Konferenz der drei Militärgouverneure mit den Ministerpräsidenten der Westzonen in Frankfurt / Die Bestimmungen über die Nationalversammlung  
Der Besatzungsstatut verhängt / Weitere Besprechungen in Koblenz  
Druckverlagsgesellschaft für alle Zonen Mainz a. M. Erscheint sechsmal wöchentlich



Historischer Tag



# 8. - 10. Juli 1948 - „Rittersturz“-Konferenz der Ministerpräsidenten bei Koblenz

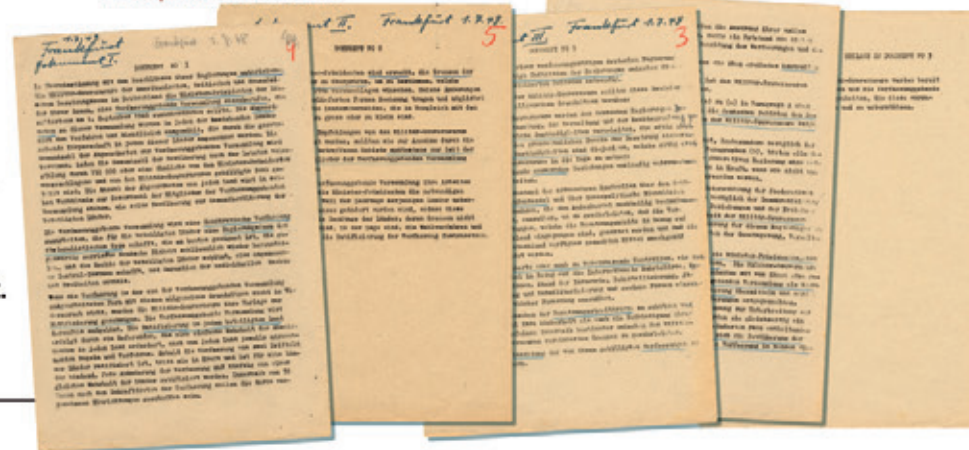
## Eigene Vorstellungen für das neue Deutschland

Über die „Frankfurter Dokumente“ wird eilig debattiert, und zwar in den Landtagen.  
... und schnell organisiert: Ein Treffen der 11 westdeutschen Ministerpräsidenten im Hotel Rittersturz bei Koblenz. - Eine Geste! Man tagt in der französischen Zone in Sichtweite des Sitzes der französischen Militärregierung.  
Jetzt sind 41 Tagungsteilnehmer angereist. Etliche Ministerpräsidenten bringen Minister mit.  
Es geht: „Um Alles!“. Drei Tage lang.  
Kommissionen werden gebildet, Berichte verfasst.  
Die „Frankfurter Dokumente“ der Militär-Gouverneure? Zustimmung, aber:  
Kein westdeutscher Staat! Keine verfassunggebende Nationalversammlung!  
Neue Grenzen für die Länder in Deutschland? Sache der Ministerpräsidenten!  
Ein „Besatzungsstatut“ für Deutschland?  
Das ist nicht gewollt!  
Die „Koblenzer Beschlüsse“ zeigen: Die deutschen Länder sind mit den „Frankfurter Dokumenten“ im Prinzip einverstanden.  
Aber nicht so:  
Korrekturwünsche werden deutlich formuliert.

Terrassengespräche hoch über dem Rhein: Skeptische Stimmen zu den „Frankfurter Dokumenten“ kommen vor allem aus Frankreich und Bayern: „Frankfurter Spuk“ seien die Frankfurter Dokumente.



Die „Frankfurter Dokumente“ liegen als maschinenschriftlicher Durchschlag auf jedem Arbeitsplatz im Hotel Rittersturz: Exemplar des bayerischen Ministerpräsidenten Hans Ehard.



Noch 318 Tage bis zur Verkündung des Grundgesetzes ...





# Beschluss, Verärgerung, Korrektur - „Frankfurt again“ - 14. Juli 1948

## Alliierte Haltung

Noch am 10. Juli 'auf dem Rittersturz': Antwort an die drei Militär-Gouverneure.

Im Kern: Gerne Mitarbeit an einem Provisorium, das aber nicht den Charakter eines kompletten Staates haben soll;

gerne die Ausarbeitung eines vorläufigen „Grundgesetzes“, das aber eine spätere gesamtdeutsche Verfassung nicht überflüssig macht; gerne Einrichtung eines „Parlamentarischen Rates“, aber keine „Verfassungsgebende Versammlung“.

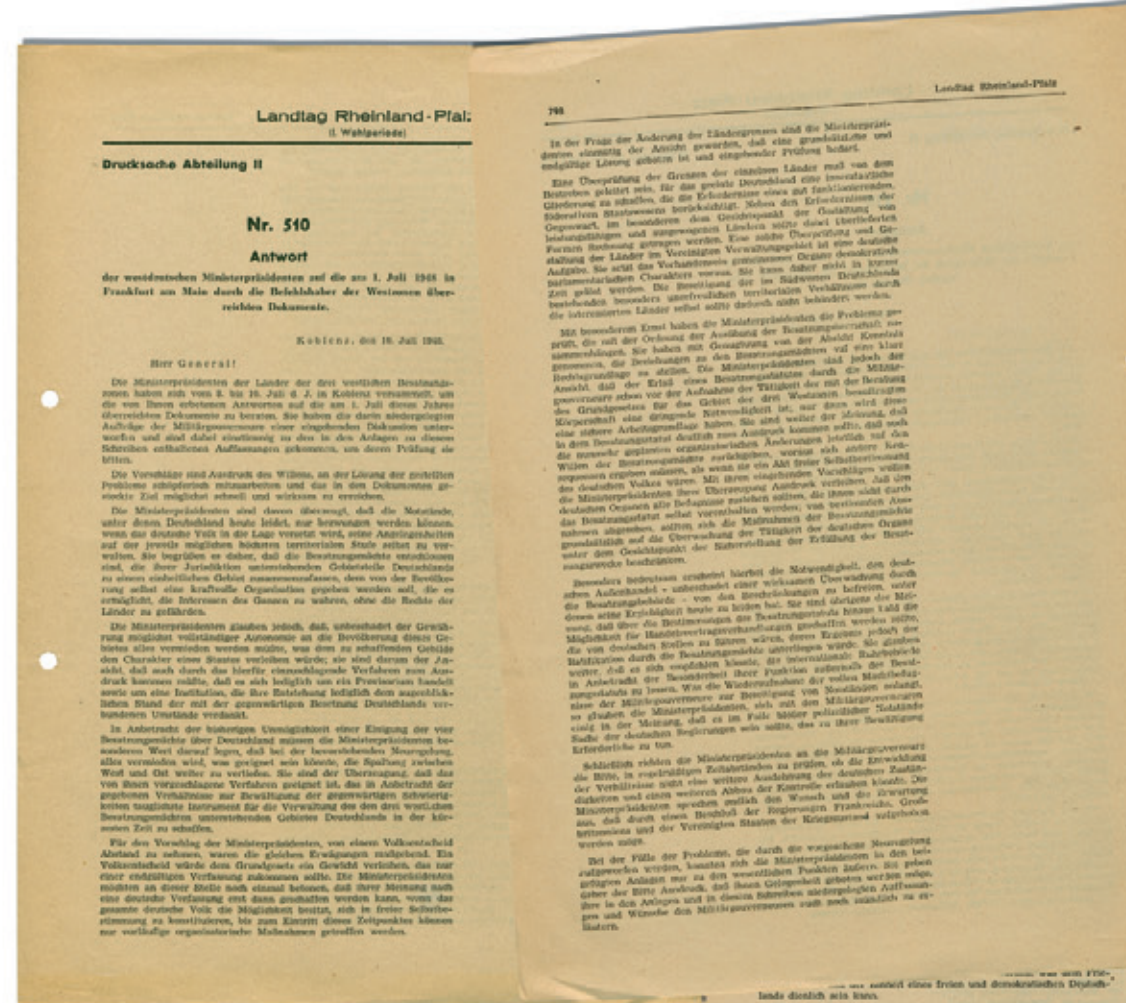
Solche Aussagen haben Folgen!

Am 14. Juli treffen sich vier Ministerpräsidenten mit General-Gouverneur Lucius D. Clay in Frankfurt: Aussprache über diese Differenzen.

Clay: „Sie haben mit den Koblenzer Beschlüssen die Londoner Dokumente für die nächste Zeit außer Kraft gesetzt. Ob in absehbarer Zeit ... ein gleichgünstiges Ergebnis für Deutschland zu erreichen sein wird, ist die Frage ... Persönlich bin ich über die Haltung der deutschen Ministerpräsidenten sehr enttäuscht ...“

Folge: Schnell erneute Zusammenkunft der 11 Ministerpräsidenten am 15. Juli.

Aber wo? - Dieses Mal geht es ins Schlosshotel Jagdschloss Niederwald bei Rüdesheim ...



Noch 314 Tage bis zur Verkündung des Grundgesetzes ...

Die „Koblenzer Beschlüsse“ werden schnell öffentlich gemacht: Insbesondere die amerikanische Militärregierung hat sich die Reaktion der Ministerpräsidenten anders vorgestellt.



Der amerikanische Militär-Gouverneur General Lucius D. Clay





Herrenchiemsee, 10. August 1948: Eröffnung



Herrenchiemsee,  
Staatsrechtler im Gespräch  
Carlo Schmid (l.) und  
Hans Nawiasky.

Für die westdeutschen Ministerpräsidenten übernimmt ein zentrales Büro in der Hessischen Staatskanzlei die Koordinierung: Über den Stand der Verfassungsberatungen in Herrenchiemsee hält man die Staatskanzleien der 11 Länder per Drucksache auf dem Laufenden.

Broschüre Nr. 16  
mit der Gleichheitsbedeutung  
des amerikanischen Nationalismus  
und Transnationalen Denkungs-  
weisen  
Broschüre Nr. 17

**SECRET**

Die Verkaufsergebnisse und Herkunftsdaten haben ein

Examination.]

zu deren Aufgabenspezifischkeitsbeurteilung, wie Präzision, Zugewandtheit, geliebte Interaktion und Ähnlichkeit.

Quelle der Energiegewinnung und Abkühlung wählen, hat ein Markt von 16,94% ihren Einfluss verloren.

Ausgehend einer Denkvorgabe über die Quelle der Produktivkraft  
kann, wie man bemerkt, das Argument, dass die Produktivkraft

weiter existiert und zur Rückkehr und schließlich neu organisiert werden muss, bevor andere Maßnahmen ergriffen werden können.

... dass der deutsche Staat durch Debatte in der  
... ist und die ...

Beispiel: Ein Unternehmen hat 1000 Mitarbeiter. Die Gehälter sind wie folgt verteilt:

...die ...

Die neue Vorlesung enthält die vollständige "neue  
Vorlesung über" angegeben.

Entscheidungen der Synode sind nicht eine Garantie für die  
 Normalisierung. Als ein Beispiel...

schreiben und die Schiffe die Farben schwarz-rot-gold, die  
Landesfarben waren in Teckel und

DE 1144444

...um diese zu vermeiden, dass Sie Ihre Einstellung zu Politik ändern: Ihre Vorstellung des Mannes von...

[illegible]

Amobilizirani darci su

Freitag: Installation, e  
gültigen Beratung der

10.-31. August 1948 - Erster Grundgesetz-Entwurf

## Beschluss: Länder-Experten

Die Beschlüsse der ersten zwei Ministerpräsidentenkonferenzen im Jagdschloss Niederwald bei Rüdesheim (15. und 16. Juli 1948, 21. und 22. Juli 1948) haben konkrete Folgen:

Für die Tage nach dem 10. August 1948 werden Experten zum Verfassungsausschuss nach Herrenchiemsee in Bayern geschickt. Der Auftrag: Vorschläge für ein westdeutsches „Grundgesetz“, das keine vollständige Verfassung sein soll. Denn mittlerweile haben die alliierten Militär-Gouverneure in Frankfurt zugestimmt: Es wird einen „Parlamentarischen Rat“ und ein „Grundgesetz“ geben.

Jedes Land schickt einen Bevollmächtigten plus Sachverständige:

Paul Zürcher (Baden), Josef Schwalber (Bayern), Theodor Spitta (Bremen), Wilhelm Drexelius (Hamburg), Hermann L. Brill (Hessen), Justus Danckwerts (Niedersachsen), Theodor Kort (Nordrhein-Westfalen), Adolf Süsterhenn (Rheinland-Pfalz), Fritz Bade (Schleswig-Holstein), Josef Beyerle (Württemberg-Baden), Carlo Schmid (Württemberg-Hohenzollern). Gast aus Berlin (West): Otto Suhr. - Anton Pfeiffer: Leitung.

Es bleibt nicht viel Zeit, denn schon am 1. September 1948 soll der „Parlamentarische Rat“, für den diese Vorschläge gemacht werden, zusammentreten.

## Konvent auf Herrenchiemsee

Das Dilemma: Die Aufgabenstellung ist vage.  
Was tun? Am Ende steht ein „Bericht“, der einen Grundgesetz-Entwurf kommentiert.  
Arbeitsweise: Drei Ausschüsse. Hauptergebnisse:  
*Die Gesetzgebung soll in einem Parlament und in einer Länderkammer erfolgen;*  
*die Bundesregierung ist von einer Mehrheit eines „Bundestages“ abhängig;*  
*die Regierung kann nicht von aktuellen Mehrheiten des Bundestages einfach abgewählt werden;*  
*ein Staatsoberhaupt soll behelfsmäßig das neue Gebilde repräsentieren;*  
*Notverordnungen liegen nur beim Parlament;*  
*Gesetzgebung, Verwaltung, Justiz und Finanzen bleiben weitgehend bei den Ländern;*  
*Bund und Länder führen getrennte Kassen;*  
*Volksbegehren sind nicht vorgesehen;*  
*eine Änderung der Grundordnung des „Grundgesetzes“ soll unzulässig sein.*

Die Fachleute haben aus der „Weimarer Verfassung“ gelernt. Und viel Neues vorgeschlagen. Der Bericht geht am 31. August 1948 an die Ministerpräsidenten auf Jagdschloss Niederwald bei Rüdesheim, von dort sofort zum neuen „Parlamentarischen Rat“.

Werden die Parlamentarier den Bericht nutzen?

Der 97-seitige „Bericht“ aus Herrenchiemsee wird am 24. August 1948 in Herrenchiemsee und am 31. August 1948 im Jagdschloss Niederwald bei Rüdesheim abgezeichnet



Jagdschloss Niederwald,  
31. August 1948:  
Die Ministerpräsidenten  
Peter Altmeier (l.) und  
Hermann Lüdemann (r.).



Noch 287 Tage bis zur Verkündung des Grundgesetzes ...



# Standort Parlamentarischer Rat - Warum Bonn?

## Stimmen für Bonn

Doch wo soll der „Parlamentarische Rat“ tagen? Die Ministerpräsidenten diskutieren: Bonn, Celle, Düsseldorf, Frankfurt, Karlsruhe, Koblenz, Köln? Der amerikanischen Militärregierung wäre Bad Nauheim recht!

Eine Entscheidung muss schnell getroffen werden, denn bereits am 1. September soll der „Parlamentarische Rat“ das erste Mal tagen!

Ministerpräsident Christian Stock (Hessen) ergreift die Initiative. Schließlich ist das Büro der 11 Ministerpräsidenten in seinem Haus untergebracht: Am 13. August werden die Ministerpräsidenten telefonisch abgefragt.

Acht Stimmen für Bonn, zwei für Karlsruhe und eine für Celle. Schon am 12. August haben sich die Amerikaner auch mit Bonn einverstanden erklärt: Man gibt dem Wunsch der britischen Besatzungsmacht nach, in ihrer Zone den Tagungs-ort einzurichten. Außerdem: In Frankfurt würden die Alliierten ständig in der Nähe sein, kein gutes Klima für freie Parlamentsarbeit.

Bis zur Eröffnungsfeier bleiben noch genau 19 Tage, um 65 Abgeordnete, deren Mitarbeiter, technisches Personal etc. im teilzerstörten Bonn unterzubringen.

## Renovierung in Rekordzeit

Die unzerstörte „Pädagogische Akademie“, die man als Tagungsgebäude ausgesucht hat, muss hergerichtet werden.

Die Studenten für das Lehramt und ihre Dozenten werden in die Nordstadt von Bonn ausquartiert.

Am 16. August wird im Rundfunk öffentlich: Bonn wird Sitz des Parlamentarischen Rates! Innerhalb von zwei Wochen werden alle Räume renoviert, Mobiliar hergestellt, die Gartenanlagen in Schuss gebracht, Straßen ausgebessert, Quartiere für Abgeordnete, Mitarbeiter und Presseleute organisiert, eine Buslinie zur Innenstadt eingerichtet, die Fahrbereitschaft organisiert ...

Am 1. September 1948 ist alles bezugsfertig.

Die Pädagogische Akademie wurde 1926 am Südrand der Stadt Bonn errichtet, direkt am Rheinufer: Modern in der Architektur, anspruchsvoll in der Bestimmung - Lehrerbildung - ist sie ein typisches Produkt der Weimarer Republik. Hier den Parlamentarischen Rat unterzubringen, ist nicht nur praktisch: große Aula, viele Büroräume, sondern auch programmatisch zukunftsweisend. Schlicht und zeitlos, weiß. - Wo bis 1933 Lehrer im Sinne der Deutschen Republik gebildet wurden, wird nun das Grundgesetz gelingen? Wird hier einmal der Deutsche Bundestag stehen?



Bonn in einem US-amerikanischen Luftbild von 1945. Während die Innenstadt großflächig zerstört oder beschädigt ist, sind die meisten Gebäude am Stadtrand intakt geblieben, darunter auch die im Süden gelegene „Pädagogische Akademie“.



Die Pädagogische Akademie Bonn 1926



Die Pädagogische Akademie Bonn 1949



Die Pädagogische Akademie Bonn 1949; Blick in den großen Sitzungssaal



# I. September 1948: Parlamentarischer Rat - Feierliche Eröffnung, kontroverse Konstituierung

## Feierliche Eröffnung

Wo kann im zerstörten Bonn der feierliche Festakt vor der Konstituierung des Parlamentarischen Rates stattfinden? Schnell entscheidet man sich für das „Museum Koenig“, dessen große Halle sonst von ausgestopften Tieren bewohnt ist. Aber nicht heute! Heute sind alle Museumsexponate hinter Vorhängen verschwunden. Heute versammeln sich um 13.00 Uhr die frisch gewählten Abgeordneten des Parlamentarischen Rates, Repräsentanten aus Groß-Berlin, die Ministerpräsidenten und Regierungsmitglieder der 11 westdeutschen Länder, Repräsentanten der west-alliierten Militärregierungen und ein illustres Publikum aus Kultur, Kirche und Politik. Von der „verfassungsgebenden Versammlung“ wird die Presse sprechen. Wie wahr: Ministerpräsident Karl Arnold bringt es auf den Punkt: „Sie beginnen eine Arbeit, deren Größe und Bedeutung nicht überschätzt werden kann.“ Ministerpräsident Christian Stock: „Wenn gesagt wird, in Bonn würde heute die Spaltung des deutschen Volkes vollendet, so erkläre ich hiermit vor dem ganzen deutschen Volk: Wir spalten nicht, wir führen zusammen und einigen.“ Diese Abgeordneten repräsentieren 46 Millionen Deutsche!



Am 1. September 1948 findet um 15.00 Uhr die konstituierende Sitzung des Parlamentarischen Rates statt. Ort: Der frisch hergerichtete Plenarsaal der Pädagogischen Akademie Bonn, weit im Süden, direkt am Rhein, direkt neben Bohnengärten und Äckern. Hier wird sich die Arbeit am Grundgesetz abspielen, hoffentlich beendet noch vor Weihnachten! Hier wird am Nachmittag Konrad Adenauer zum Präsidenten gewählt, hier beantragen die Kommunisten die Einstellung der Arbeit am Grundgesetz, hier wird am 8. September 1948 die Arbeit der Abgeordneten praktisch beginnen.



Ab dem 1. September 1948: Nur mit Ausweis Zugang zur Pädagogischen Akademie!

Noch 265 Tage bis zur Verkündung des Grundgesetzes ...



1948



1949



# Parlamentarischer Rat

## 65 Abgeordnete in Bonn

Der Parlamentarische Rat hat ab dem 1. September 1948 zunächst nur eine Aufgabe: Die Formulierung des „Grundgesetzes“ für einen demokratischen Staat in den drei westlichen Besatzungszonen Deutschlands. Dafür haben die 11 Landtage insgesamt 65 Abgeordnete aus ihrer Mitte gewählt. Hinzu kommen fünf Abgeordnete aus Berlin, beratend und ohne Stimmrecht. Sie beginnen ihre praktische Arbeit am 8. September und beenden sie im Juni 1949. Die Hoffnung, das Grundgesetz noch im Jahr 1948 vorlegen zu können, erfüllt sich nicht. Bis es soweit ist, stehen hunderte Sitzungen von Ausschüssen und Fraktionen, von interfraktionellen Gesprächen und Beratungen mit den alliierten Militärregierungen an. Der Parlamentarische Rat schafft zur Erledigung seiner großen Aufgabe Ausschüsse: **Haupt-Ausschuss - Ausschuss für Grundsatzfragen - Ausschuss für Organisation des Bundes - Ausschuss für Zuständigkeitsabgrenzung - Ausschuss für Finanzfragen - Ausschuss für Wahlrechtsfragen - Ausschuss für das Besatzungsstatut - „Siebener-Ausschuss“ - „Fünfer-Ausschuss“.** Wird der Parlamentarische Rat anschließend auch den neuen Staat organisieren?

Tagung  
des  
PARLAMENTARISCHEN  
RATES

Sonderstempel der  
Deutschen Post.



Pädagogische Akademie: Blick in den Plenarsaal.



Fernschreiberzimmer.



Ausgerüstet mit den neuen „W 48“



Poststelle



Öffentliche Sitzung des Parlamentarischen Rates.

Wenn der Betrieb im Gebäude des Parlamentarischen Rates auf Hochtouren läuft, arbeiten dort mehr als 150 Personen, Gäste und Journalisten nicht mitgerechnet. Im Gebäude der „Pädagogischen Akademie“ ist eine effektive Infrastruktur untergebracht: Plenarsaal, Abgeordnetenbüros, Lesezimmer, Journalistenraum, Poststelle, Fahrbereitschaft, Fernschreiberstation, Kopierwerkstatt, Sortierraum, Kantine, Fraktions- und Verbindungsraum, ein Friseur im Haus ... Es wird ein Alltag sein, in dem - wie zu allen Zeiten seit der antiken Demokratie in Athen - viel „auf dem Gang“, „zwischen Tür und Angel“, beim Essen oder „am Rande von ...“ besprochen und beschlossen wird. Dieses Haus „der Akten und Aktentaschen“ verfügt sogar über eine Verkaufsvitrine für Leder-Aktentaschen! Auch die Boulevard-Presse berichtet ab und an aus diesem „Kosmos der Demokraten“. Zwischen September 1948 und Juni 1949 werden mehr als 900 Drucksachen produziert: Protokolle, Berichte, Anträge, Pressemitteilungen. Mehrere Millionen Blatt Papier werden gebraucht.



Kantine.



Leseraum mit mehr als 40 unterschiedlichen Tageszeitungen.







# Parlamentarischer Rat - Schnappschüsse

Orientierung: Hauptausschuss im Plenarsaal.



Konrad Adenauer im Büro des verletzten Hermann Wendersleb.

Das „Herz des Hauses“ der Plenarsaal: Sitzung des Hauptausschusses.



Sortieren der Drucksachen.



„Seeböhm's Büro“.



Orientierung und: Politik im Gang.



Pressegespräch mit Konrad Adenauer.

DIE AKTUELLE BILDZUSAMMENFASSUNG DER  
**FRANKFURTER RUNDSCHAU**



Der Parlamentarische Rat ist weitgehend transparent: Oft genug gelangen journalistische Schnappschüsse, und es wird ganz offiziell auch „für die Nachwelt“ fotografiert.

Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen verfügt im Gebäude des Parlamentarischen Rates über ein eigenes Büro: Nordrhein-Westfalen ist für die Organisation der zukünftigen vorläufigen Hauptstadt Bonn zuständig, auch für den Ausbau der Pädagogischen Akademie zum Sitz des zukünftigen Bundestages und des zukünftigen Bundesrates. Hermann Wendersleb von der nordrhein-westfälischen Landeskanzlei ist der führende Kopf.

Carlo Schmid im Vordergrund - Konrad Adenauer dahinter  
(Die gesamte Landesschau) (Bonn - 1. Sitzung des Rates)



# Parlamentarischer Rat - Daten, Akten, Notizen 1948

## Chronik-Daten

Die Arbeit des Parlamentarischen Rates zwischen dem 1. September 1948 und Juni 1949 ist komplex und umfasst 12 Sitzungen des Plenums, 59 Sitzungen des Hauptausschusses und 84 Sitzungen der anderen Ausschüsse und unzählige Besprechungen in allen erdenklichen Kombinationen, offiziell und inoffiziell.

Die „Besatzungsmacht“ nimmt direkten Einfluss auf seine Arbeit (Gliederung der Länder, Bundesfinanzplanung u.a.).

Alles dauert länger als geplant und doch: Die Bewunderung über das umfassende Ergebnis im Mai 1949 - eine vollständige Verfassung - übertönt die Kritik an den Verzögerungen.

## September

### 1. September 1948

Feierliche Eröffnung des Parlamentarischen Rates im Museum Koenig in Bonn; anschließend konstituierende Sitzung des Parlamentarischen Rates in der Pädagogischen Akademie Bonn.

### 8. bis 9. September 1948

Pädagogische Akademie Bonn: Erste Plenarsitzungen des Parlamentarischen Rates.

### 15. September 1948

Pädagogische Akademie Bonn: Konstituierung der Fachausschüsse des Parlamentarischen Rates.

### 30. September 1948

Die westdeutschen Militär-Gouverneure beharren auf ihrer Anweisung, dass der Parlamentarische Rat ein Grundgesetz zu erarbeiten hat.



Der Plenarsaal des Parlamentarischen Rates in der Pädagogischen Akademie Bonn.

## Oktober

### 20. Oktober 1948

Die westdeutschen Militär-Gouverneure äußern sich zur zukünftigen Verteilung der Machtbefugnisse zwischen Ländern und zukünftigem Bund hinsichtlich Finanzkompetenzen.

### 20. und 21. Oktober 1948

Pädagogische Akademie Bonn: Erste Lesung des Grundgesetz-Entwurfes im Plenum des Parlamentarischen Rates.

## November

### 11. November bis 10. Dezember 1948

Pädagogische Akademie Bonn: Erste Lesung des Grundgesetz-Entwurfes im Hauptausschuss des Parlamentarischen Rates.

### 18. November 1948

Wichtiges Gespräch zwischen dem Präsidenten des Parlamentarischen Rates Konrad Adenauer und dem britischen Generalgouverneur General Brian Robertson in Bad Homburg.

### 22. November 1948

Memorandum der westdeutschen Militär-Gouverneure zur bisherigen Beratung der Fachausschüsse des Parlamentarischen Rates zu Themen wie Länderkammer, Zuständigkeiten von Ländern und Bund, Gerichtsbarkeit, Beamtenrecht.

## Dezember

### 15. Dezember 1948 bis 20. Januar 1949

Pädagogische Akademie Bonn: Zweite Lesung des Grundgesetz-Entwurfes im Hauptausschuss des Parlamentarischen Rates.

### 16. und 17. Dezember 1948

Besprechung von Abgeordneten des Parlamentarischen Rates mit den westdeutschen Militär-Gouverneuren in Frankfurt am Main („Frankfurter Affäre“).







# Parlamentarischer Rat - Daten, Akten, Notizen 1949

## Chronik-Daten

### Januar

**7. Januar 1949**  
Pädagogische Akademie Bonn: Stellungnahme des Hauptausschusses des Parlamentarischen Rates zu alliierten Planungen der Industriekontrolle im Ruhr-Gebiet („Ruhr-Statut“).

**26. bis 28. Januar 1949**  
Pädagogische Akademie Bonn: Beratungen des neu gebildeten „Fünfer-Ausschusses“ des Parlamentarischen Rates.

### Februar

**5. Februar 1949**  
Pädagogische Akademie Bonn: Vorlage des Ergebnisses des „Fünfer-Ausschusses“ des Parlamentarischen Rates.

**8. bis 10. Februar 1949**  
Pädagogische Akademie Bonn: Dritte Lesung des Grundgesetz-Entwurfes im Hauptausschuss des Parlamentarischen Rates.

**10. und 11. Februar 1949**  
Pädagogische Akademie Bonn: Memorandum des „Fünfer-Ausschusses“ des Parlamentarischen Rates an die westdeutschen Militär-Gouverneure über den föderativen Charakter des Grundgesetzes. Übersendung des Grundgesetz-Entwurfes an die alliierten Militärregierungen.

**18. Februar 1949**  
Das alliierte Memorandum zum Grundgesetz-Entwurf wird dem Parlamentarischen Rat übermittelt.

**24. Februar 1949**  
Pädagogische Akademie Bonn: Das Plenum des Parlamentarischen Rates verabschiedet den Entwurf eines Wahlgesetzes für die erste Bundestagswahl.



## März

**2. März 1949**  
Besprechung von Mitgliedern des Parlamentarischen Rates mit den westdeutschen Militär-Gouverneuren in Frankfurt am Main.

**3. März bis 6. April 1949**  
Pädagogische Akademie Bonn: Beratungen des „Siebener-Ausschusses“.

**8. bis 10. März 1949**  
Besprechung von Mitgliedern des Parlamentarischen Rates mit den westdeutschen Militär-Gouverneuren in Frankfurt am Main.

**18. März 1949**  
Besprechung von Mitgliedern des Parlamentarischen Rates mit alliierten Repräsentanten in Bonn.

**24. März 1949**  
Konferenz der elf westdeutschen Ministerpräsidenten in Königstein im Taunus: Stellungnahmen zum Grundgesetz und zum Wahlgesetz.

**25. März 1949**  
Besprechung von Mitgliedern des Parlamentarischen Rates mit alliierten Repräsentanten in Bonn. Ablehnung der Vorschläge des „Siebener-Ausschusses“ durch die Alliierten.

## April

**5. bis 10. April 1949**  
Konferenz der Außenminister der drei westlichen Besatzungsmächte in Washington: Beschluss zur Zusammenlegung der drei westlichen Besatzungszonen zu einem einheitlichen Wirtschafts- und Verwaltungsgebiet (Washingtoner Abkommen über die Dreimächte-Kontrolle; Fusion Westdeutschlands zur „Trizone“). Einigung über ein zukünftiges Besatzungsstatut. Bekanntgabe der Ergebnisse an den Parlamentarischen Rat.

**14. April 1949**  
Besprechung von Mitgliedern des Parlamentarischen Rates mit den westdeutschen Militär-Gouverneuren in Frankfurt am Main zum Besatzungsstatut und zur zukünftigen Bundespolizei.

**22. April 1949**  
Übergabe der Mitteilung der Außenminister von Frankreich, Großbritannien und der USA an den Parlamentarischen Rat.

**24. April 1949**  
Pädagogische Akademie Bonn: Interfraktionelle Einigung zum aktuellen Grundgesetz-Entwurf.

**25. April 1949**  
Besprechung von Mitgliedern des Parlamentarischen Rates mit den westdeutschen Militärgouverneuren in Frankfurt am Main. Einigung zum zukünftigen Grundgesetz.



# Parlamentarischer Rat - Daten, Akten, Notizen 1949

## Chronik-Daten

### Mai

#### 5. bis 6. Mai 1949

Pädagogische Akademie Bonn: Vierte Lesung des Grundgesetz-Entwurfes im Hauptausschuss des Parlamentarischen Rates.

#### 6. Mai 1949

Pädagogische Akademie Bonn: Zweite Lesung des Grundgesetz-Entwurfes im Plenum des Parlamentarischen Rates.

#### 8. Mai 1949

Pädagogische Akademie Bonn: Dritte Lesung und Verabschiedung des Grundgesetz-Entwurfes im Plenum des Parlamentarischen Rates.

#### 10. Mai 1949

Pädagogische Akademie Bonn: Verabschiedung des Wahlgesetzes und Bestimmung von Bonn als vorläufiger Hauptstadt der zukünftigen Bundesrepublik Deutschland.

#### 10. Mai 1949 und folgende Tage

Veröffentlichung des Grundgesetzes mit seinem gesamten Wortlaut in zahlreichen westdeutschen Zeitungen.

#### 12. Mai 1949

Genehmigung des Grundgesetzes vom 8. Mai 1949 durch die westdeutschen Militär-Gouverneure in Frankfurt am Main.

#### 18. bis 21. Mai 1949

Annahme des Grundgesetzes in 10 von 11 Länderparlamenten Westdeutschlands. Der Bayerische Landtag lehnt das Grundgesetz ab, aber er stimmt der Gültigkeit des Grundgesetzes in Bayern zu.

#### 23. Mai 1949

Konferenz der elf westdeutschen Ministerpräsidenten in Bad Godesberg.

#### 23. Mai 1949

Pädagogische Akademie Bonn: Feierliche Verkündung des Grundgesetzes. Veröffentlichung des Grundgesetzes im Bundesgesetzblatt Nr. 1, herausgegeben von den westdeutschen Ministerpräsidenten.

#### 24. Mai 1949

Das „Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland“ ist in den 11 Ländern Westdeutschlands um 00.00 Uhr in Kraft getreten.

Der technische Dienst des Parlamentarischen Rates produziert nicht nur ständig Matrizenabzüge, sondern gibt kurz nach der Beendigung der Arbeit am Grundgesetz Protokolle vergangener Sitzungen als Paperback-Bücher heraus, gedruckt von der Bonner Universitätsdruckerei: Allein die Protokolle des Hauptausschusses umfassen hier nun 790 Seiten! - Jeder Abgeordnete kann nachsehen, wer wann was zu welchem Thema gesagt hat. ... Eine wichtige bis heute.



Der Hektographier-raum im Parlamentarischen Rat wird im Mai 1949 sogar für die Boulevard-Presse interessant.





# Parlamentarischer Rat - Für wen sie stehen, wer sie sind ...



## Staatsgründer-Porträts

Sie kommen im Auftrag ihrer Landtage, sie stehen für die Bürger ihrer Länder. Die 65 „Väter der Verfassung“ sind viermal weiblich: Friederike Nadig, Elisabeth Selbert, Helene Weber und Helene Wessel werden subsumiert.

Rund drei Wochen nach dem Beginn ihrer Arbeit, am 25. September 1948, werden sie alle in „Die Neue Zeitung“ einem Millionen-Publikum mit Foto und politischem Statement vorgestellt. Einige von ihnen werden in den kommenden Monaten immer wieder in der Presse erscheinen, einige wenige von ihnen werden zu Ikonen der deutschen Demokratiegeschichte.

Rund 70 Jahre später hat sich die *Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland* in Bonn die Mühe gemacht, an alle Abgeordneten des Parlamentarischen Rates einzeln zu erinnern: Ihre Porträts sind hier per QR-Code abrufbar.





# Parlamentarischer Rat - 27 von 65

Die Qualität der ersten Fassung des Grundgesetzes vom 8. Mai 1949 gründet nicht nur auf seinem Inhalt, sondern auch auf dem gelungenen Bemühen um sprachliche Formulierungen, der Einbeziehung beratender externer Experten und der Geschwindigkeit, mit der das Grundgesetz vom Parlamentarischen Rat durch Broschüren in die Öffentlichkeit getragen wurde.



Die US-amerikanischen *Federalist Papers*, die seit 1787 in New York erschienen waren, beeinflussten die deutschen Verfassungsdebatten seit 1792, auch die des Parlamentarischen Rates. Dessen Mitglieder Heuss, Schmid, Süsterhenn und Zinn werden gerne mit den Autoren der *Federalist Papers* verglichen.

## Bildung, Wissen, Einigung

Sie sind unterschiedlich intensiv engagiert und unterschiedlich fleißig und ideenreich. Juristischer Sachverstand, politisches Wissen und viel klassische Bildung: Etliche Abgeordnete haben berufliche Hintergründe, die sie zur Verfassungsarbeit qualifizieren, allen voran Carlo Schmid. Vier von ihnen waren schon 1919 in der Weimarer Nationalversammlung für die Verfassung der „Deutschen Republik“ (Deutsches Reich) aktiv. Einige waren Abgeordnete im Deutschen Reichstag gewesen, vor 1933 in Landesregierungen aktiv oder hatten in den letzten drei Jahren in Verfassungsberatungen der Länder mitgewirkt.

Fünf Abgeordnete waren wenige Wochen zuvor, im August 1948, am „Verfassungskonvent Herrenchiemsee“ beteiligt: Anton Pfeiffer, Carlo Schmid, Josef Schwalber, Adolf Süsterhenn und Otto Suhr. Parteizugehörigkeit ist oft genug nicht entscheidend. Es wird quer durch die Fraktionen diskutiert. Sie schaffen ein großes und gelehrtes Werk, das stellenweise den *Federalist Papers* von 1787/88 der US-amerikanischen Verfassungsgeschichte gleichkommt. Der Parlamentarische Rat ist ein Vorbild für ehrliche Kompromissbereitschaft.



Seebohm



Lobe



Thoma



Nadig



Simons



Schmid



Heuss



Chapeaurouge



Nawiasky



Bergsträsser



Selbert



Renner



Pfeiffer



Brill



von Brentano



Dehler



Schönfelder

Zu denen, die nicht Mitglieder des Parlamentarischen Rates sind, aber mit ihren Ideen und Vorarbeiten „im Geiste dabei sind“, gehören aus der Expertengruppe vom „Verfassungskonvent Herrenchiemsee“ mit Sicherheit **Hans Nawiasky** (1880 - 1961) und **Hermann Brill** (1895 - 1959). Aus der Gruppe der externen Berater ist vor allem **Richard Thoma** (1874 - 1957) eine Persönlichkeit, die nicht im Vergessen der Geschichte untergehen sollte. Dazu zählt auf der Seite der alliierten Regierungsmitglieder auch **Hans Simons** (1893 - 1972).

Im Parlamentarischen Rat sind es inklusive der wenigen bis heute immer wieder erwähnten Mitglieder **Ludwig Bergsträsser** (1883 - 1960), **Heinrich von Brentano** (1904 - 1964), **Paul de Chapeaurouge** (1876 - 1952), **Thomas Dehler** (1897 - 1967), **Adolf Ehlers** (1898 - 1978), **Fritz Eberhard** (1896 - 1982), **Theodor Heuss** (1884 - 1963), **Hermann Höpker-Aschoff** (1883 - 1954), **Rudolf Katz** (1895 - 1961), **Wilhelm Laforet** (1877 - 1959), **Robert Lehr** (1883 - 1956), **Fritz Löwenthal** (1888 - 1956), **Hermann Mangoldt** (1895 - 1953), **Walter Menzel** (1901 - 1963), **Friederike Nadig** (1897 - 1970), **Anton Pfeiffer** (1888 - 1957), **Heinz Renner** (1892 - 1964), **Carlo Schmid** (1896 - 1979), **Adolph Schönfelder** (1875 - 1966), **Joseph Schwalber** (1902 - 1969), **Hans-Christoph Seebohm** (1903 - 1967), **Elisabeth Selbert** (1896 - 1986), **Walter Strauß** (1900 - 1976), **Adolf Süsterhenn** (1905 - 1974), **Helene Weber** (1881 - 1962), **Helene Wessel** (1898 - 1969), **Georg August Zinn** (1901 - 1976).

Sie vor allem sind es, die konkret gestalten und formulieren.

## Porträts zum Grundgesetz



Helene Wessel

Helen Weber

Elisabeth Selbert



25. April 1949

## Durchbruch in Frankfurt

IG-Farben-Haus Frankfurt, Büro des amerikanischen Militär-Gouverneurs General Lucius D. Clay: Noch einmal ein Treffen einer hochrangigen Abordnung des Parlamentarischen Rates (Konrad Adenauer, Carlo Schmid, Theodor Heuss, Anton Pfeiffer, Helene Wessel u.a.) mit den drei west-alliierten Militär-Gouverneuren Generale Lucius D. Clay, Brian Robertson und Pierre Koenig. Es ist nötig: Trotz einer Konferenz der Ministerpräsidenten am 24. März im „Haus der Länder“ in Königstein stocken die Gespräche zwischen Parlamentarischen Rat und den Militärregierungen. Heute also: Regelung der alliierten Einwände zum Grundgesetz.

Differenzen: Bundesgesetzgebung, Verfassungsgerichtshof, Finanzausgleich Bund-Länder, Wahlgesetz, Einbeziehung West-Berlins in die spätere Bundesrepublik. Große Themen!

Sitzungsdauer: 6 Stunden. Danach:

Der Weg ist frei für die Verabschiedung des Grundgesetzes im Parlamentarischen Rat!

Konrad Adenauer: Pressegespräch vor dem 25. April in Bonn.



Haus der Länder Königstein.



25. April 1949, Frankfurt: Adenauer und Clay (r.)



IG-Farben-Haus Frankfurt, um 1949.

März 1949: Es hakt vor allem zwischen CDU/CSU und SPD im Parlamentarischen Rat und zwischen den alliierten Militärregierungen und dem Parlamentarischen Rat. Ein einziges Mal schickt der Parlamentarische Rat eine Abordnung zu einer Ministerpräsidenten-Konferenz: Am 24. März nach Königstein im Taunus. Demonstrativ und öffentlich unterstützen die Ministerpräsidenten die Arbeit des Rates. Reicht das? Es reicht nicht. Erst vier Wochen später kommt der Durchbruch in Frankfurt ...



**Frankfurt: Schwierige Verhandlungen**  
Die Alliierten wollen heute noch zu einem Ergebnis gelangen  
Eigener Bericht  
Im Frankfurt, 25. April | Dem Memorandum der Alliierten Kommande steht es ...





8. Mai 1949

## Das Grundgesetz wird beschlossen

10. Sitzung des Plenums des Parlamentarischen Rates am 8. Mai 1949, Antrag der kommunistischen Abgeordneten: Kontaktaufnahme mit dem Präsidenten des ostdeutschen „Deutschen Volksrates“. Mit überwältigender Mehrheit per Handzeichen abgelehnt. Danach: Abstimmung über das Grundgesetz. Jeder Abgeordnete steht einzeln auf und ruft laut und vernehmlich „ja“ oder „Nein“. - Davon gibt es kein Bild.

Die Sitzung des 10. Plenums des Parlamentarischen Rates dauert - mit heftigen Debatten - von 15.15 Uhr bis 00.38 Uhr!



10. Plenum des Parlamentarischen Rates am 8. Mai 1949: Abstimmung gegen die Kontaktaufnahme mit dem „Deutschen Volksrat“ in Ost-Berlin.



Die Einigung zwischen den Militär-Gouverneuren und dem Parlamentarischen Rat vom 25. April beschleunigt: „Interfraktionelle Sitzungen“ - Es wird weiter an letzten Änderungen des Grundgesetzes gearbeitet, schon ewig Strittiges wird geklärt. Am 6. Mai dann die 9. Sitzung des Plenums: Und noch einmal Veränderungen. Eile ist geboten: Demnächst treffen sich die Außenminister der drei West-Alliierten: Schieben sie den

16 Tage im Mai

„West-Staat“ doch noch auf? Adenauer will unbedingt am 8. Mai 1949 die Verabschiedung erreichen: 4. Jahrestag der bedingungslosen Kapitulation der Deutschen Wehrmacht. - Dieses Datum soll der deutschen Demokratie gehören! Außerdem: General Lucius D. Clay verlässt am 12. Mai sein Amt. Wer weiß, wer danach kommt: Er und seine Kollegen sollen das Grundgesetz bis dahin aber genehmigt haben.

Fast neun Stunden! Die 10. Sitzung des Plenums am 8. Mai 1949 dauert lange:  
Um 23.55 Uhr wird das Grundgesetz beschlossen. - 53 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen.

Konrad Adenauer erhält nach dem 8. Mai 1949 das Grundgesetz als Drucksache des Parlamentarischen Rates; alle anderen Abgeordneten auch.

Die Öffentlichkeit wird zwischen dem 10. und 14. Mai 1949 informiert: In vielen Tageszeitungen erscheint der gesamte Text des neuen Grundgesetzes.









12. Mai 1949

## Die Genehmigungen des Grundgesetzes

Es geht schnell, denn nach dem 12. Mai 1949 ist General Lucius D. Clay zurückberufen in die USA. Mit ihm möchte Adenauer die Sache abschließen. Eine Delegation des Parlamentarischen Rates trifft sich also mit allen drei Militär-Gouverneuren, wieder in Frankfurt; dann von deutscher Seite: Konrad Adenauer, Theodor Heuss, Carlo Schmid, Wilhelm Kaisen ...

General Robertson liest das Genehmigungsschreiben für das Grundgesetz an den Parlamentarischen Rat vor.

Für die Alliierten und die Deutschen ist dieser Tag ein Meilenstein der westdeutschen Demokratie! Adenauer: „Nach 16 Jahren sind wir endlich in der Lage, ... politische und Regierungsangelegenheiten ... nach demokratischen Grundsätzen zu regeln.“

Spät am Abend: Die Ministerpräsidenten wenden sich mit Dankesworten an General Lucius D. Clay. Es ist sein letzter Arbeitstag in Deutschland. Schon um 00.00 Uhr am 12. Mai geschehen: Die Berlin-Blockade ist aufgehoben, die Schlagbäume sind wieder offen. - Was für ein Tag für Westdeutschland!

Noch 12 Tage bis zur Verkündung des Grundgesetzes ...

16 Tage im Mai



Kurz vor der Unterzeichnung: Die drei Militär-Gouverneure.



Kurz vor der Ansprache: Die drei Militär-Gouverneure.



Militär-Gouverneur General Lucius D. Clay unterschreibt.

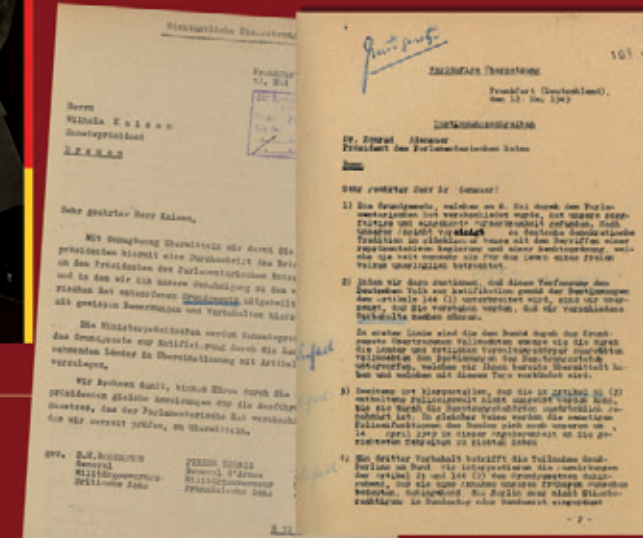


Der Präsident des Parlamentarischen Rates Konrad Adenauer und Ministerpräsident Karl Arnold nach der Unterzeichnung der Genehmigung.



Nach der Unterzeichnung: Militär-Gouverneur General Lucius D. Clay reicht dem Ersten Bürgermeister Hamburgs Max Brauer eine Zigarette.

Bedeutsame Bürokratie: Maschinenschriftliche Durchschläge sind die häufigsten Papierzeugen in den historischen Archiven. Unsere Verfassungsgeschichte besteht meistens aus optisch schlichten Akten und Korrespondenzen: Das Genehmigungsschreiben der drei alliierten Militär-Gouverneure richtet sich an die Regierungschefs der 11 westdeutschen Länder und an den Präsidenten des Parlamentarischen Rates.





1948 1949

# 18. - 21. Mai 1949 - Länderparlamente gefragt

## Elf Abstimmungen

Es soll schnell gehen. Der Präsident des Parlamentarischen Rates Konrad Adenauer schreibt an die Präsidenten der elf westdeutschen Landtage:

**Zustimmung zum gerade vom Parlamentarischen Rat verabschiedeten Grundgesetz!**

Alle frei gewählten Abgeordneten in elf Landtagen sollen entscheiden. Jedes deutsche Land für sich. Nicht die Bürger West-Deutschlands! So hat man sich mit den alliierten Militärregierungen geeinigt, nach langen verbissenen Debatten: Die Angst, das westdeutsche Volk könnte ablehnen, immer noch dem Nationalsozialismus zugehen und der Idee eines neuen gesamtdeutschen Reiches, sitzt vielen im Nacken.

Ist das demokratisch?  
Nein, sagen die Einen. - Ja, sagen die Anderen. Denn: Das (west-)deutsche Volk wird abstimmen können, wenn es den ersten Deutschen Bundestag wählen wird. Bald. - Dort können auch die gewählt werden, die den neuen Staat gar nicht haben wollen. Man wird sehen ...

**Jetzt aber sind die Landtage gefragt!**

Zehn Landtage stimmen zu. - Der Bayerische Landtag lehnt am 20. Mai 1949 ab, mit deutlicher Mehrheit! Ihm geht das neue Grundgesetz nicht weit genug! Man hätte es gerne föderalistischer gehabt: Zu viele Bundeskompetenzen, zu wenig Landesbefugnisse.

Wer hätte das gedacht? - Eigentlich alle: Man wusste, wie die Bayern reagieren würden. Doch sie stimmen zu, sich der Mehrheit der westdeutschen Länder anzuschließen. So ist es seit 13 Tagen im Grundgesetz geregelt.

18. Mai 1949. Es stimmen zu:

**Landtag Baden, Bürgerschaft des Landes Hamburg, Landtag Rheinland-Pfalz, Landtag Württemberg-Baden.**

20. Mai 1949. Es stimmen zu:

**Landtag Hessen, Landtag Niedersachsen, Landtag Nordrhein-Westfalen, Landtag Schleswig-Holstein, Bürgerschaft des Landes Bremen.**

20. Mai 1949. Es lehnt ab:

**Landtag Bayern.**

21. Mai 1949. Es stimmt zu:

**Landtag Württemberg-Hohenzollern.**

**Jetzt kann das Grundgesetz verkündet werden.**

Noch sechs Tage bis zur Verkündung des Grundgesetzes ...



Vorlage und Telegramm des Bayerischen Landtages.

16 Tage im Mai



Die Abstimmungen zum Grundgesetz in den Ländern müssen schnell erfolgen: Am 23. Mai will man sich in Bonn treffen, zur Verkündung des Grundgesetzes. Die Mitarbeiter in den Fernschreiberzentralen und Büros im Parlamentarischen Rat, in den Landtagen und im Büro der Ministerpräsidenten haben alle Hände voll zu tun. Per Telegramm werden die Abstimmungen gesendet.



Fernschreiberzentrale des Parlamentarischen Rates in der Pädagogischen Akademie.

## Allgemeine Zeitung Neuer Mainzer Anzeiger

Donnerstag, 19. Mai 1949

### Rheinland-Pfalz billigt das Grundgesetz

Gegen die Stimmen der Kommunisten  
Dankschreiben unserer Korrespondenten

16. Köln. 18. Mai. Zu Beginn der Sitzung des Landtages von Rheinland-Pfalz am Mittwochabend wurde die kommunalistische Abstimmung über die Annahme oder Ablehnung des neuen Grundgesetzes erfolgt. Die Mehrheit der Abgeordneten hat sich für die Annahme des Grundgesetzes ausgesprochen. Die Kommunisten haben dagegen gestimmt. Die Abstimmung wurde mit 30 Stimmen gegen 17 Kommunisten Stimmen.





# 23. Mai 1949 Verkündung des Grundgesetzes

16 Tage im Mai

## Von allen unterschrieben

Die 12. Sitzung des Plenums des Parlamentarischen Rates ist wie immer öffentlich. Die Sitzung beginnt um 16.07 Uhr. Der einzige Tagesordnungspunkt lautet:

**Feststellung der Annahme des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland  
Ausfertigung und Verkündung**

Der Plenarsaal ist übertoll: Abgeordnete, Repräsentanten der Länder und der Alliierten, Presse, Rundfunk, Publikum, selbst draußen vor der großen Glasfront. Die Urschrift, ein gedrucktes Exemplar des Grundgesetzes, liegt auf einem Tisch vor dem Präsidium: Dort unterschreiben alle Abgeordneten des Parlamentarischen Rates, die Ministerpräsidenten und Landtagspräsidenten der 11 westdeutschen Länder und die frei gewählten Repräsentanten von Berlin. Sie schaffen damit das Gründungsdokument der Bundesrepublik Deutschland. Anschließend verkündet Konrad Adenauer das Grundgesetz. Die Sitzung endet um 17.03 Uhr.

**Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland tritt am 24. Mai 1949 um 00.00 Uhr in Kraft.**



Die Ministerpräsidenten der Länder hören die Verkündung des Grundgesetzes.



Christian Stock unterschreibt.



Konrad Adenauer unterschreibt.



Elisabeth Selbert unterschreibt.



23. Mai 1949: Bonner Publikum strömt zur Feierstunde in der Pädagogischen Akademie jenseits der Bollwerke.



# Grundgesetz: Urschrift

## Das Staatssymbol vom 23. Mai 1949

Am 23. Mai 1949 wird das Grundgesetz von den Abgeordneten des Parlamentarischen Rates, der Repräsentanten der elf westdeutschen Länder und von Groß-Berlin unterzeichnet.

Welches Grundgesetz? Etwa eine einfache Drucksache des Parlamentarischen Rates?

Der Präsident des Parlamentarischen Rates, Konrad Adenauer, hat ein besonderes Exemplar vorbereitet:

**37 Blätter, bedruckt und handbeschrieben, vergoldete Initialen, schwarze und rote Schrift, gebunden in Pergament mit goldenem Titeldruck, 1.396 Gramm schwer, 34,8 x 24 cm groß. - Ein „Staatsdokument“.** Vier Seiten Platz für 65 Unterschriften. Das muss am 23. Mai ohne Probe klappen! - Und es klappt.

„Dem Deutschen Volk“ bleibt sie weitgehend unbekannt, diese „Urschrift“.

Sie liegt bis heute im Deutschen Bundestag.

Faksimiles wurden bisher allein an Gäste und Amtsträger des Staates ausgegeben.

Der Bundestag ist ihr Eigentümer.

So sieht es aus, unser **Staatsgründungsdokument**:



Präsident Konrad Adenauer unterschreibt.



Die Urschrift am 23. Mai 1949 gegen 16.00 Uhr. Noch nicht unterschrieben.



Die Urschrift: Unterschriften der Präsidenten.



Die Abgeordnete Helene Wessel unterschreibt.



Die Abgeordnete Elisabeth Selbert unterschreibt.



Präsident Christian Stock unterschreibt.

Die bibliophile Ästhetik der „Urschrift“ des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland ist nicht in das allgemeine Bewusstsein der Deutschen gedrungen. Das Grundgesetz ist fast allen Menschen nur als Text in einfacher Buch- oder Broschürenform bekannt oder als virtueller Text im Internet.

Der Parlamentarische Rat hat größten Wert auf die Schaffung der Urschrift gelegt. Sie ist wie die deutsche Bundesflagge, die Nationalhymne und das Bundeswappen ein Staatssymbol der Bundesrepublik Deutschland.



Der Historiker Michael F. Feldkamp mit der Urschrift, 2019.

Konrad Adenauer

Helene Wessel

Christian Stock



# Wie sieht das Grundgesetz aus?

## 1949: Für Abgeordnete

Seit dem „Bericht über den Verfassungskonvent auf Herrenchiemsee“ erhalten die Abgeordneten des Parlamentarischen Rates vom 1. September 1948 bis zum 23. Mai 1949 jeden Entwurf des Grundgesetzes als hektographierte Drucksache: Nüchterne Textausgaben auf schlechtem Papier. Sie dienen als Diskussionsgrundlagen und werden fleißig mit Notizen und Korrekturvorschlägen versehen. Was wird wie geändert?

## 1949: Für das Volk

Nach der Verabschiedung des Grundgesetzes am 8. Mai 1949 drucken Zeitungen das Grundgesetz in voller Länge! Das gab es nie wieder: Millionenfach in Zeitungen. Seitdem sind tausende Broschüren-Ausgaben erschienen.



Bereits wenige Wochen nach Inkrafttreten des Grundgesetzes erscheinen die ersten Broschüren und Bücher. Vier Mitglieder des Parlamentarischen Rates machen sich die Mühe und kommentieren „ihr Werk“ selbst: Ludwig Bergstraesser, Heinrich von Brentano, Paul Löbe und Carlo Schmid. Seit 1949 sind viele hundert unterschiedlicher Ausgaben erschienen, meistens in Kombination mit Landesverfassungen, zu Beginn noch mit dem Besatzungsstatut, historischen Dokumenten, später auch mit Texten zum Bundesverfassungsgericht u.ä. Seit 75 Jahren erhalten die Schüler zehntausender Schulen das Grundgesetz vor ihrer Volljährigkeit. - Heute ist es in vielen Sprachen auch online verfügbar.





# „Der Tag danach“

## Der 24. Mai 1949 ...

## ... und die Folgen

Die Geschichte der Entstehung des Grundgesetzes endet am 23. Mai 1949. - Die Geschichte seiner Verwirklichung beginnt am 24. Mai 1949. Sie dauert an, bis heute. Sie ist nicht zu Ende. Das Grundgesetz vom 8. Mai 1949 ist ein Versprechen, dessen vollständige Einlösung bei einigen Artikeln Jahrzehnte dauern wird, z.B. bei der Gleichstellung der Geschlechter. Ob es vollständig gelingen wird, liegt an den Bürgerinnen und Bürgern. Es gilt für elf westdeutsche Länder, die alle eigene Verfassungen haben, und West-Berlin; sie alle betreiben eigene Gesetzgebung; sie alle folgen den Gesetzen des „Wirtschaftsrates des Vereinigten Wirtschaftsgebietes“.

Am 24. Mai 1949 beginnt die Organisation des Staates, den das Grundgesetz verkündet:

**Bundesrepublik Deutschland.**

Denn das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland ist in Kraft auch ohne Staat. Den gibt es noch nicht. Er wird geschaffen werden, von den deutschen Ländern. Deren Aufgabe:

**Organisation und Durchführung der Wahlen zum ersten Deutschen Bundestag;**  
**Organisationspläne für die Bundesorgane;**  
**Unterbringung der Bundesorgane in Bonn.**

Seit 00.00 Uhr ist das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft.

Noch 107 Tage bis zur Gründung der Bundesrepublik Deutschland ...



Beliebter politischer Treffpunkt in Bonn: Die „Redoute“.

Gemeinsamer Abend in der Bonner „Redoute“ am 24. Mai 1949: Repräsentanten der westdeutschen alliierten Militär-Regierungen, Mitglieder des Parlamentarischen Rates und der elf westdeutschen Landesregierungen.



Die Gültigkeit des Grundgesetzes ist an die Verkündung gebunden, die in den alliierten Gesetzblättern und im neuen Bundesgesetzblatt vorgenommen wird.



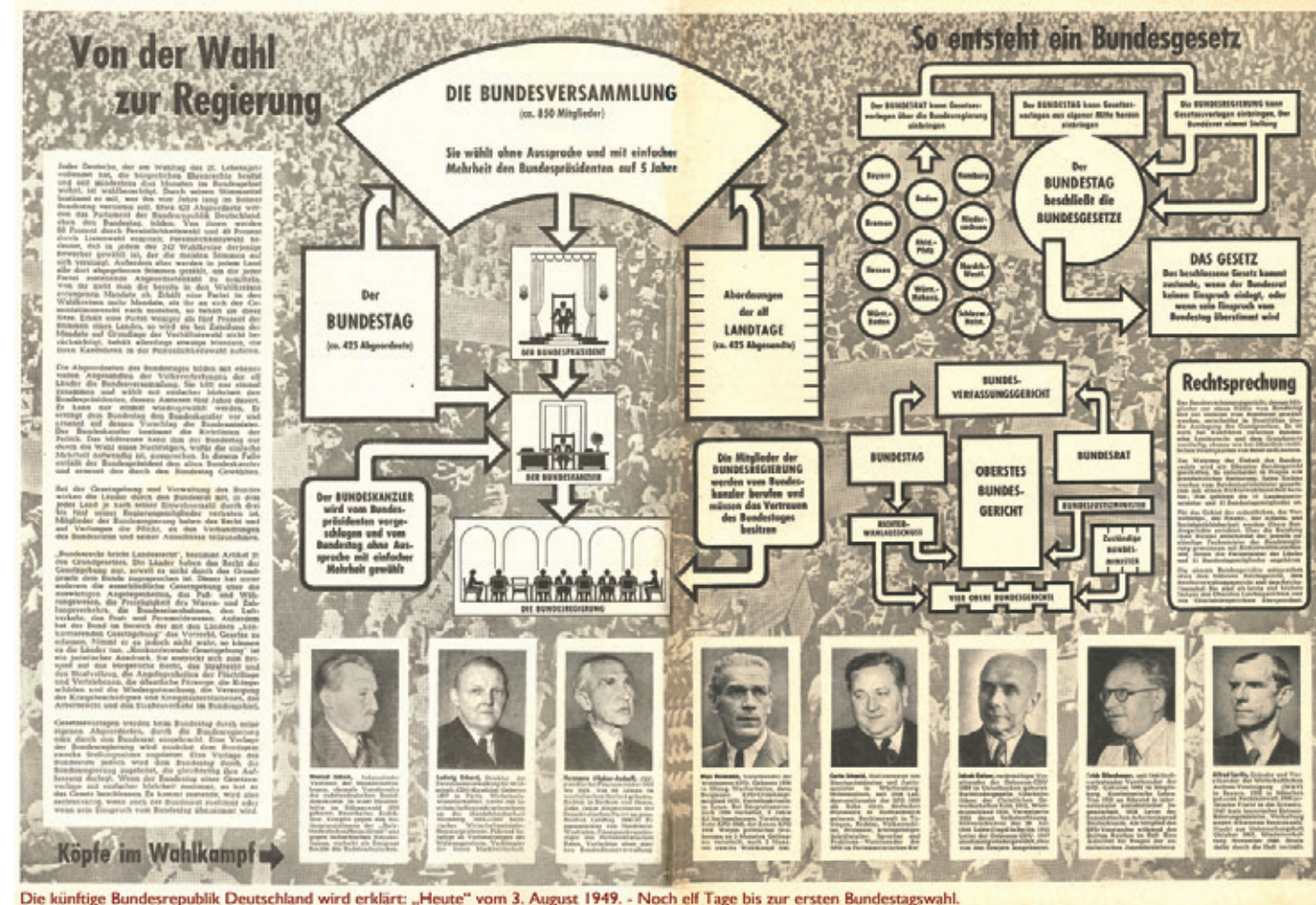


# Der neue Staat: „Bundesrepublik Deutschland“

## Die Organisation

Im Grundgesetz vom 8. Mai 1949 werden die Aufgaben der Bundesorgane der Bundesrepublik Deutschland beschrieben. Doch es gibt sie noch nicht. Wie also organisiert man einen neuen Staat? Die Ministerpräsidenten der westdeutschen Länder und einige Mitglieder des Parlamentarischen Rates werden ihn, den neuen Staat in vielen Sitzungen organisieren müssen. Zunächst die erste Bundestagswahl. Dann: Die Strukturen der Bundesorgane. Außer Organisationsplänen werden Gebäude gebraucht: Für den Bundestag, für den Bundesrat, für den Bundespräsidenten, für den Bundeskanzler, für die Ministerien, für die Bundesämter ... Daran wird gebaut. In Bonn und in Frankfurt am Main. Kurios. Beide wollen Hauptstadt werden. Und Mitarbeiter werden gesucht, zu Hunderten.

Nur wenige Tage nach der Wahl zum ersten Deutschen Bundestag, das ist der 14. August 1949, liegen in allen Staatskanzleien der westdeutschen Länder die 1,5 Kilogramm schweren „Empfehlungen des Organisationsausschusses der Ministerpräsidentenkonferenz“ für den Aufbau der Bundesregierung und des Staates vor. Sie sind weitgehend in Bad Schlangenbad erarbeitet worden.



Die Bürger der zukünftigen Bundesrepublik Deutschland in den elf Ländern West-Deutschlands kennen die neue Demokratie bisher nur aus Landtagswahlen: Erklärungsbedarf. Das Boulevard-Blatt „Heute“ vermittelt den Unterschied zwischen „Deutschem Reich“ und „Bundesrepublik Deutschland“. Noch steht die Anzahl der Abgeordneten im Bundestag und in der Bundesversammlung nicht fest. - Politische Bildung 1949. Vorbild für später?

Mai 1949: Baustelle Bundestag in Bonn.



Elf Ministerpräsidenten planen die Bundesrepublik Deutschland in Bad Schlangenbad.



# Im Juli und August 1949 - Die Länder planen die Bundesrepublik Deutschland

## Bad Godesberg, Bad Schlangenbad, Frankfurt, Koblenz, Königstein, Stuttgart, Tübingen, Wiesbaden

Wie wird die Bundesrepublik Deutschland organisiert?

Die elf westdeutschen Ministerpräsidenten treffen sich dafür zusammen mit Vertretern des Parlamentarischen Rates immer wieder über mehr als zehn Wochen hinweg in Bad Godesberg, Bad Königstein, Bad Schlangenbad, Frankfurt, Koblenz, Stuttgart, Tübingen und Wiesbaden.

Häufigster Tagungsort ist Bad Schlangenbad: Allein der „Organisationsausschuss“ kommt dort 16-mal zusammen!

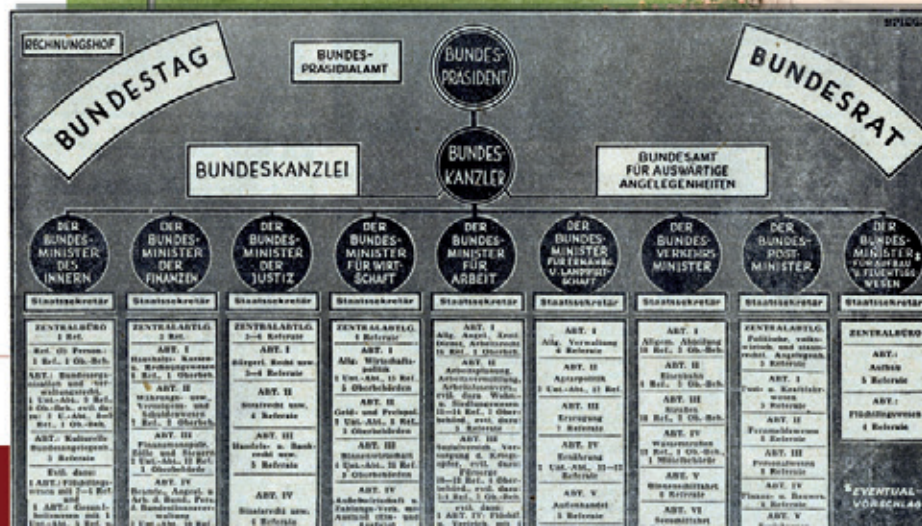
Es gibt neben dem Wahlgesetz und der Festlegung des Wahldatums zum ersten Deutschen Bundestag viel zu planen: Bundesbehörden, Bundesministerien, Regelung der Gesetzeswerke des Vereinigten Wirtschaftsgebietes in Bezug zur zukünftigen Bundesrepublik Deutschland ... Da tauchen Details auf wie die 'Bundespressestelle', ein 'Statistisches Amt' oder Fragen nach Sonderbriefmarken der Deutschen Post oder der Zukunft des 'Deutschen Obergerichtes'. In mehr als 30 Sitzungen wird die Bundesrepublik Deutschland geplant.

Doch das ist eine neue Geschichte: Die Geschichte, wie aus den Bestimmungen unseres Grundgesetzes unser Staat wurde ...

Ende



Kurhotel Bad Schlangenbad 1949.  
Konferenzort für 20 Tage.



Handgemalt und hektografiert, gesetzt und gedruckt: Die Protokolle und Berichte der Ausschüsse geben die Organisationsstruktur der Bundesrepublik Deutschland zum Besten. Wird die erste deutsche Bundesregierung dem folgen?



### Finanzminister protestieren gegen Mehrbelastung der Länder

Bedenken gegen Nachtragshaushalt und Mutterschutzgesetz

Frankfurt, 28. Juli (DZ). — Die Finanzminister der elf westdeutschen Länder haben in ihrer heutigen Sitzung in Königstein ab, in dem Vorfeld der Bundestagung, über die vorläufige Haushaltsaufstellung der Bundesregierung und über die vorläufige Gesetzgebung im Zusammenhang mit dem Verbot des Abdrucks von Zeitungsartikeln ein Verbot einbringen. Zum Verbot der Zeitungsartikeln wurde ein Änderungsantrag eingebracht.

Die Finanzminister schlugen dem Bundestag vor, gegen das Mutterschutzgesetz, sowie gegen das Gesetz über die vorläufige Gesetzgebung und über die vorläufige Gesetzgebung im Zusammenhang mit dem Verbot des Abdrucks von Zeitungsartikeln ein Verbot einbringen. Zum Verbot der Zeitungsartikeln wurde ein Änderungsantrag eingebracht.

Einigung über Bundesministerien

Frankfurt, 28. Juli (DZ). — Die Bildung eines Ausschusses für vorläufige Angelegenheiten unter der Leitung eines Staatssekretärs hat der Organisationsausschuss der Ministerpräsidenten zur Vorbereitung der Bundestagung, der am Freitag eine Arbeitssitzung in Königstein beendete, mit Mehrheit vereinbart.

In dem Organisationsausschuss, der neben einem grundsätzlichen Teil aus einem gebildeten Vorschlag über die Gliederung sämtlicher Bundesorgane und Ministerien enthält, wurde bereits die Bildung eines Planungs- und Wirtschaftsausschusses als Sonderkommission beschlossen.

Während über die Bildung von 8 Bundesministerien für Innere, Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Ernährung, Verkehr, Post und Justiz Einigung erzielt wurde, besteht noch Unklarheit, ob in der Arbeitssitzung des Organisationsausschusses soziale und Wirtschaftsfragen aufgenommen werden sollen. Die Mehrheit der Ausschüsse sprach sich außerdem dafür aus, daß die Bundesregierung über die Bildung eines Ausschusses für vorläufige Angelegenheiten ein Verbot einbringen.

Ein unzerstörbares Werk

Platz der Luftbrücke

Platz der Luftbrücke

Platz der Luftbrücke

Platz der Luftbrücke

Platz der Luftbrücke

Platz der Luftbrücke

Platz der Luftbrücke

Platz der Luftbrücke

Platz der Luftbrücke

Platz der Luftbrücke

Platz der Luftbrücke

Platz der Luftbrücke

Platz der Luftbrücke

Platz der Luftbrücke

Platz der Luftbrücke

Platz der Luftbrücke



# Auf dem Weg nach Europa - 12 wichtige historische Daten zur Gründungsgeschichte

„... als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen ...“ heißt es seit dem 24. Mai 1949 in der Präambel des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949.

Noch deutlicher wird der Wille der deutschen Länder und später des Deutschen Volkes, alt-hergebrachte Nationalstaatlichkeit zugunsten eines supranationalen freien Europas zu verändern im Artikel 24 des Grundgesetzes:

(1) Der Bund kann durch Gesetz Hoheitsrechte auf zwischenstaatliche Einrichtungen übertragen.

(2) Der Bund kann sich zur Wahrung des Friedens einem System gegenseitiger kollektiver Sicherheit einordnen; er wird hierbei in die Beschränkungen seiner Hoheitsrechte einwilligen, die eine friedliche und dauerhafte Ordnung in Europa und zwischen den Völkern der Welt herbeiführen und sichern.

Die wichtigsten historischen Daten der Gründung der Bundesrepublik Deutschland:





# Impressum

Eine Aus-  
stellung von



www.koenigsteiner-kreis.de  
www.demokratie-geschichte.de

in Koope-  
ration mit

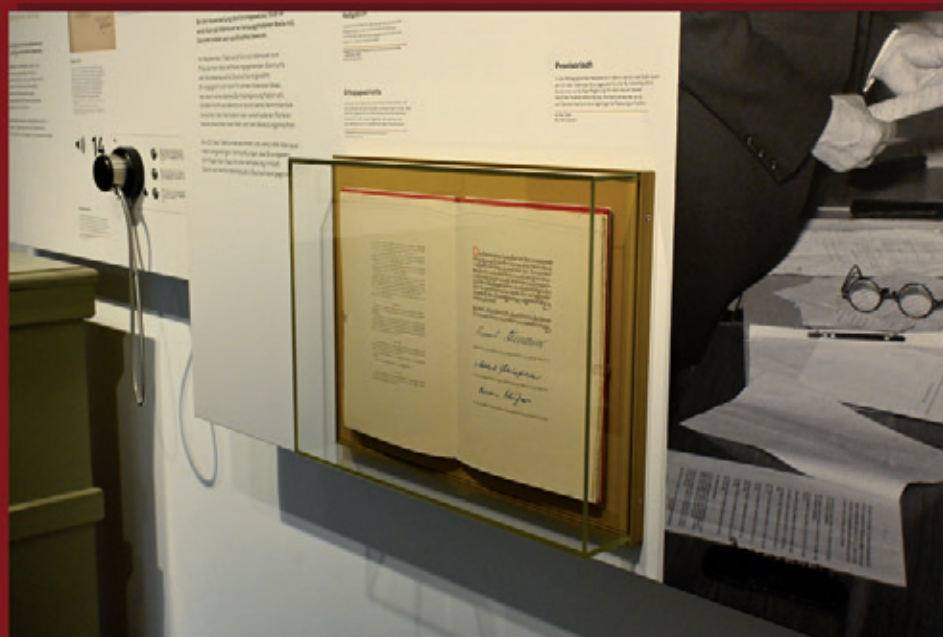


**Idee, Konzept, Texte: Christoph Schlott; Redaktion: Michael F. Feldkamp, Wolfgang Geiger; Lektorat: Frauke Heckmann, Christina Voigt; Gestaltung: Christoph Schlott.**

## Bildnachweise:

Archiv der deutschen Frauenbewegung Kassel, Plane: 23 (ru) - Bayerischer Landtag, Archiv, Plane: 28 (oM) - Bayerisches Hauptstaatsarchiv, Plane: 13 (u) - BPK Bildagentur, Berlin, Plane: 11 (l), 24d (Ml), 29a (l), 29b (r) - Deutscher Bundestag, Berlin, Plane: 1, 29c, 29e, 29h (l: Sylvia Bohn), 29e (r: Burkhard Peter), 29 i (M, r: Sylvia Bohn, Achim Melde, Presse-Service Stepponaitis, Tobias Koch), 48 (r) - Hessisches Staatsarchiv Darmstadt, Plane: 33b (o) - dpa picture alliance, Plane: 6 (Mo), 7 (M), 8 (u, r), 9 (Fotos), 10 (Fotos), 10a (lu), 10b (M), 10c (l, r), 12 (o, r), 13 (l, r, u), 17 (r), 24f (l), 26 (l), 26a, 26b (u), 27 (ol, oM, or, ur), 29i (l), 31 (Fotos), 33 (ru), 33a (Fotos), 33g (lu), 34 (ro, u), 36 (lo, u), 36a (M, u), 36d (Fotos), 36e (Fotos), 37 (ro), 38 (lo, IM, lu), 40 (r), 42 (Fotos), 44 (Fotos), 45, 46 (Fotos), 47 (lu, lo), 48 (lu, IM, lo), 49 (lu) - Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bonn, Plane: 1 (M, r), 11 (r), 3, 17 (l, M), 18 (Fotos), 19 (Fotos), 20 (M), 21, 22 (r), 23b (u), 24 (teilweise), 24a (Fotos), 24b (Foto), 24c (Foto), 24d (ul, ol), 24e (lu, M, Mr, r), 25 (lo), 26b (o), 28 (ro), 29, 29a (r), 29b (l), 29c (M), 29d, 29e (l, M), 30 (l), 32 (M, r), 33 (ro), 33d (l), 33e (lo), 33f (Fotos), 36 (u, r), 36a (r), 36b (Fotos), 37 (r), 40 (l) - Institut für Stadtgeschichte, Frankfurt, Plane: 10d (Fotos) - Landeshauptarchiv Koblenz, Plane: 14 (M), 15 (u), 18 (ru), 22 (M), 23 (Akten), 27 (ur), 28 (ul, ur) - Provan, John, Privatsammlung, Plane: 10c (M, u), 16 (u, ol), 24d (M, r), 29b (M), 35 (o, ur) - Süddeutsche Zeitung, München, Plane: 13 (Mo), 15 (Fotos), 24e (Mu), 25 (M), 27 (u), 33c (M) - Wikipedia, Plane: 2 (Porträt), Plane 5 (Fotos), Plane 6, Plane 7 (l), Plane 8 (o), 33c (r), 47 (M), 49 (o, r) - Wikipedia und NKK e.V., Plane: 4, 35l - Kolorierungen Christopher Gries, Köln, Plane: 3, 10b, 10c, 13, 14, 24b, 24d, 24e, 25, 29, 29a, 33c, 37, 40 - Alle anderen Abbildungen stammen aus dem Bildarchiv Neuer Königsteiner Kreis e.V., Limburg a.d. Lahn.

Alle zeitgenössischen Fotografien aus den Jahren 1948 und 1949 sind im Original schwarzweiß. Sie wurden für diese Ausstellung nachträglich koloriert, z.T. mit Hilfe von AI.



Blick in die Dauerausstellung des Adenauer-Hauses Rhöndorf.



## Hinweis:

Faksimiles der Urschrift des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 sind z.Z. zu sehen in: Berlin, Bonn, Frankfurt, Kiel, Königstein i.Ts., Steinbach a.Ts., Stuttgart und ...

... natürlich im Adenauer Haus Rhöndorf ([www.adenauerhaus.de](http://www.adenauerhaus.de)).

Historisches Wohnhaus Konrad Adenauers in Rhöndorf.



Bilder: © Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, Matthias Dollf.